

O-05 Erneuern wir das Versprechen unserer Demokratie!

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 07.10.2026

Tagesordnungspunkt: O TOP 02 - Verantwortung übernehmen, Orientierung geben, Vertrauen gewinnen

Antragstext

Das Jahr 2026 hat fundamentale Gewissheiten der Bundesrepublik Deutschland erschüttert. Am 6. Oktober ist zum ersten Mal seit dem Ende des Nationalsozialismus ein Mitglied einer rechtsextremen Partei an die Spitze eines deutschen Parlamentes gewählt worden – nicht nur mit den Stimmen der rechtsextremen AfD-Fraktion selbst oder der Steigbügelhalter vom BSW. Mindestens vier Stimmen kamen aus einer der weiteren, demokratischen Fraktionen. Eine solche Wahl ist nicht normal und darf auch nicht bagatellisiert werden. Wir werden uns mit unserer Fraktion und darüber hinaus gegen die schleichende Normalisierung der rechtsextremen Landnahme stellen.

In dieser Zeit braucht Deutschland eine politische Kraft mit klarer Haltung und dem Willen, Probleme zu lösen. Diese Kraft wollen wir sein. Wir sind dankbar und nehmen die Verantwortung sehr ernst, die uns die Bürger*innen mit ihrer Stimme bei den Wahlen 2026 gegeben haben.

Denn als Bündnisgrüne können wir auch stolz auf 2026 schauen. Mit Cem Özdemir stellen wir entgegen vielen Erwartungen weiter den baden-württembergischen Ministerpräsidenten. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern konnten wir nach engagierten Wahlkämpfen unter der Führung unserer Spitzenkandidatinnen Suse Sziborra-Seidlitz und Claudia Müller den Wiedereinzug in die Landtage schaffen. In Rheinland-Pfalz haben wir den Einzug in die Regierung verpasst, aber ein stabiles Ergebnis erreicht. In Berlin können wir Teil einer künftigen Regierung sein, aber relevante Hürden sind dafür erst noch zu überwinden. Die Kommunalwahlen ziehen von Bayern nach Niedersachsen eine Linie. Wir sind in neue Landratsämter und Rathäuser eingezogen und haben bestehende verteidigt. Die Landeshauptstädte München und Hannover werden in den kommenden Jahren von grünen Oberbürgermeistern geführt.

Insbesondere in den Wahlkämpfen in den ostdeutschen Flächenländern sind wir als Gesamtpartei über uns hinausgewachsen – und zwischen Ost und West weiter zusammengewachsen – ein Spirit, der auch unserem Land gerade guttäte. Unsere Erfolge gingen einher mit wachsenden Zweifeln in der Bevölkerung gegen die Politik an sich, was sich auch am schlechten Abschneiden der traditionellen Volksparteien zeigte.

Wir blicken mit Sorge auf die tiefgreifenden Verschiebungen der politischen Landschaft. Unserer gewachsenen Verantwortung sind wir uns bewusst, ihr wollen wir in dieser Zeit gerecht werden.

Das Misstrauen erkennen

Die Wahlergebnisse insbesondere in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zeigen bei aller Unterschiedlichkeit einen gemeinsamen Befund: Sie waren

38 ein deutliches Misstrauensvotum gegenüber dem Status quo. Jede*r Vierte gibt an,
39 die Parteien – durchweg – würden sich nicht um die wirklichen Probleme des
40 Landes kümmern. Jede*r Zweite sagt: Zu den größten Problemen der Politik zählen
41 die Politik selbst, die Politiker*innen, Parteien, ihre Rituale und Mechanismen.
42 Das Vertrauen in die Lösungsfähigkeit des Staates ist auf einem Tiefstand. Und
43 selten zuvor hatten Menschen so viel – oft berechtigte – Angst vor
44 wirtschaftlichem und sozialem Abstieg, individuell wie kollektiv. Sie erleben,
45 wie sich mancherorts ländliche Räume entvölkern, wie Arbeit entwertet wird durch
46 neue Technologien oder unfaire Konkurrenz aus China, wie Industriebetriebe, die
47 einstmals der Stolz ganzer Regionen waren, geschlossen werden.

48 Nach diesem Wahljahr müssen wir innehalten. Es hat uns die Zerbrechlichkeit
49 unserer politischen Ordnung, unserer demokratischen Grundordnung und ihrer
50 wirtschaftlichen Ausgestaltung in aller Brutalität vor Augen geführt. Während
51 sich die Berliner*innen für einen progressiven Politikwechsel ausgesprochen
52 haben, haben in zwei Ländern um die 40 Prozent der Menschen eine
53 verfassungsfeindliche Partei gewählt. Angesichts dessen kann niemand behaupten,
54 man hätte die eigene Politik einfach nicht gut genug „erklärt“ oder
55 „vermittelt“.

56 Es ist in diesem Sinne auch ein wachsendes Misstrauen gegenüber unserer
57 liberalen Demokratie, wie sie sich den Bürger*innen gerade präsentiert, also dem
58 Staat und seinen Institutionen, vor allem aber der praktischen Politik. Von der
59 Verantwortung für diese Entwicklung kann sich niemand freisprechen – auch wir
60 nicht. Dabei sind die Probleme vielfältig. Alle kennen das Gefühl, dass die Welt
61 kopfsteht. Die Wahrheit ist, dass viele Probleme externe Ursachen haben oder
62 zumindest durch Faktoren verstärkt werden, die wir nicht beeinflussen können.
63 Trotzdem ist es die Aufgabe der Politik, wieder Vertrauen in die Handlungs- und
64 Lösungsfähigkeit des demokratischen Gemeinwesens zu schaffen – und auch ehrlich
65 zu sagen, wo es schwierig wird, wo Politik an ihre Grenzen stößt. Wir entwickeln
66 unsere Ideen mit Blick auf die Wirklichkeit, wir vertreten sie selbstbewusst und
67 gesprächsoffen. Und wir bleiben die Partei der Ehrlichkeit: Es ist wichtig,
68 keine einfachen Lösungen vorzugaukeln, denn am Ende führt das nur zu
69 Enttäuschung und Verdruss.

70 Das rechtsextreme Aufbegehren gegen unser politisches System ist kein
71 emanzipatorisches Projekt zur Verbesserung des Lebens in unserem Land. Es ist
72 der Versuch eines autoritären Staatsumbaus, der rechtsstaatliche
73 Errungenschaften bekämpft und den Sozialstaat schwächt. Freiheitsrechte werden
74 in Frage gestellt, Gewalt als legitimes Mittel der politischen
75 Auseinandersetzung verstanden. Den Schwächsten sollen Freiheit, Sicherheit und
76 Würde genommen werden. Diese Bedrohung steht einer freiheitlich-demokratischen
77 Gesellschaft entgegen und verletzt die Werte unserer Verfassung. Aber die
78 Zerstörer unserer demokratischen Ordnung gewinnen von Wahl zu Wahl, von Umfrage
79 zu Umfrage weiter Zuspruch, weit über das Spektrum derer hinaus, bei denen ein
80 geschlossen rechtsextremes oder anderweitig totalitäres Weltbild zu Hause ist.

81 Wer nicht möchte, dass unser freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen an seinen
82 tatsächlichen Unzulänglichkeiten scheitert, muss bereit sein, diese
83 Unzulänglichkeiten anzugehen. Wir müssen dem Unbehagen über die Zustände und
84 dem Drang der Bürger*innen nach Veränderung eine Stimme geben: Eine Stimme der
85 Vernunft und der Tatkraft, um den Gegner*innen und Feind*innen liberaler
86 Demokratien den Nährboden zu entziehen. Es geht um das Versprechen eines

87 funktionsfähigen Staates auf der Höhe der Zeit und einer Politik, die nah bei
88 den Bürger*innen ist. Es geht um Parteien, die sich nicht als Selbstzweck
89 begreifen, und eine lebendige Demokratie, die konstruktiv um die besten Lösungen
90 für das Land ringt, die tatsächlich alle sieht und hört und das Aufstiegs- und
91 Wohlstandsversprechen für die Vielen einlöst. Es ist richtig, dass wir uns nach
92 Kräften bemühen, unsere Demokratie zu schützen – aber das reicht nicht aus. Es
93 geht darum, ihr Versprechen zu erneuern.

94 Wir brauchen eine grundlegende Diskussion über die Funktionsweisen des
95 politischen Betriebs mit seinen starren Ritualen und destruktiven Mechanismen
96 zwischen Regierung und Opposition und oftmals auch innerhalb der Regierung
97 selbst. Wir brauchen eine Debatte über die Auswahlmechanismen für politisches
98 Personal, damit wir verhindern, dass relevante Teile der Gesellschaft keine
99 politische Repräsentation mehr erleben. Wenn etwa nur ein Drittel der
100 Gesellschaft einen akademischen Abschluss hat, im Deutschen Bundestag aber 90
101 Prozent, ist es kein Wunder, dass die Entfremdung zwischen dem politischen
102 Betrieb und immer größeren Teilen der Bevölkerung wächst. Wir brauchen ein
103 Upgrade der in Teilen unzulänglichen und veralteten Staatsorganisation und eine
104 Weiterentwicklung unserer volkswirtschaftlichen Ordnung, um zukünftig wieder
105 wettbewerbsfähig zu sein und Wohlstandsgewinne fair zu verteilen. Und wir
106 brauchen eine ehrliche und selbstkritische Befassung mit unserer politischen
107 Praxis und den Prioritäten unserer Arbeit, wenn wir der Verantwortung gerecht
108 werden wollen, die sich aus dieser Lage ergibt.

109 Das Versprechen der Demokratie erneuern

110 Wir sind dankbar für jede Demonstrant*in und jede Aktivist*in, die sich in
111 diesen Tagen, in den nächsten Wochen und Jahren friedlich, aber entschlossen den
112 Rechtsextremen entgegenstellen, mit buntem und lautem Protest, solidarisch mit
113 allen, die unter ihnen leiden und ihre Heimat zu verlieren drohen. Auch der
114 beherzte Protest gegen die kulturkämpferisch aufgeladenen Kürzungen der schwarz-
115 roten Bundesregierung bei der Unterstützung von Demokratieprojekten und -
116 akteur*innen ist wichtig, der Protest gegen die repressive Bedrohung der
117 kritischen Zivilgesellschaft, gegen das schleichende Ausbluten demokratischer
118 Strukturen. Gleichzeitig braucht es jetzt auch nüchterne Analyse, gemeinsames
119 Nachdenken, Reflexion, Mut zur Selbstkritik und zu grundlegenden Veränderungen.

120 „Mehr Demokratie wagen“ war die richtige Antwort, die Willy Brandt auf die
121 Staatskrise der 1960er Jahre in der alten Bundesrepublik gegeben hat. In den
122 letzten Jahren haben wir oft formuliert, dass wir „unsere Demokratie
123 verteidigen“ müssen. Das reicht nicht mehr aus. Es muss uns darum gehen, das
124 Versprechen von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft zu erneuern. Das
125 Versprechen, dass Menschen gesehen und gehört werden, an den Entscheidungen
126 teilhaben können und sie von den Erträgen unserer volkswirtschaftlichen Ordnung
127 auch profitieren, muss untermauert und erneuert werden.

128 Den Staat erneuern

129 Der Staat muss neu justiert werden. Er fehlt zu oft, wenn es darum geht, eine
130 verlässliche Infrastruktur und Sicherheit zu gewährleisten, und ist zuweilen
131 omnipräsent, wo er die Menschen an Selbstwirksamkeit und Unternehmertum hindert.
132 So belastet die an allen Ecken und Enden aus dem Ruder gelaufene Bürokratie
133 Ehrenamtliche wie Gründer*innen gleichermaßen. Verwaltung muss den Bürger*innen
134 dienen und nicht sich selbst.

135 Wir halten eine grundlegende Staatsreform für notwendig, deren Dimension über
136 eine reine Föderalismusreform hinausreicht. Unser föderaler Staatsaufbau folgt
137 einer historischen Lehre, aber er erweist sich in seiner Praxis immer häufiger
138 als dysfunktional.

139 Das schlimmste Missverhältnis im Staatsaufbau, vor allem aber in unserer
140 politischen Praxis, zeigt sich am Umgang mit unseren Kommunen. Ausgerechnet die
141 Ebene, die in der Bürgerschaft positive Erfahrungen von Wirksamkeit und
142 staatlicher Handlungsfähigkeit auslösen könnte, ist die strukturell am
143 schlechtesten ausgestattete. Immer mehr Aufgaben sollen sie erledigen, um jeden
144 Cent zur Erfüllung dieser Aufgaben müssen sie kämpfen. Bundesfinanzminister
145 lassen sich für Steuersenkungen feiern, die Bürgermeister*innen und
146 Landrät*innen den letzten Fetzen Handlungsfähigkeit rauben. Wir brauchen eine
147 sehr grundsätzliche Umverteilung staatlicher Finanzen auf die Kommunen und einen
148 Abbau einer immer weiter ausufernden Fördermittelbürokratie zu Gunsten
149 struktureller Gestaltungskraft der Kommunen.

150 Die Einführung von Bürgerräten beim Deutschen Bundestag war ein richtiger
151 Schritt, um die parlamentarische Demokratie durch eine direkte Beteiligung von
152 Bürger*innen bei der Klärung gesellschaftlicher Herausforderungen zu fördern. Es
153 ist ein großer Fehler, dass die neue Bundestagspräsidentin dieses Instrument
154 nicht weiterführt. Es wäre aber auch ein Fehler, nicht aus den Erfahrungen der
155 ersten Bürgerräte zu lernen. Sie sind keine Standardantwort für alle
156 Repräsentationsdefizite. Die wichtigste Bedingung für das Gelingen eines
157 Bürgerrats auf der Bundesebene ist, dass er ein klar umgrenztes,
158 gesellschaftlich relevantes Thema mit eindeutiger Bundeskompetenz behandelt,
159 dass seine Empfehlungen öffentlich gemacht werden und dass die Politik seine
160 Ergebnisse ernst nimmt.

161 Ein großer Auftrag bleibt es, Transparenz und Integrität der Institutionen zu
162 stärken. Für Staat und Politik müssen Gerechtigkeit und Gleichbehandlung
163 unerschütterliche Grundsätze sein. Das unter dem Druck der Maskenaffären
164 geschaffene Lobbyregister war ein erster und wichtiger Schritt, aber er reicht
165 bei weitem nicht aus. Noch immer sehen wir, dass finanzstarke Lobbyist*innen
166 ihre Anliegen besser durchsetzen können als die Zivilgesellschaft, die das
167 Gemeinwohl vertritt. Nichts ist für das Vertrauen in Politik so schädlich wie
168 der Eindruck, dass politische Entscheidungen gekauft werden können. Wir halten
169 an unseren Forderungen fest, Integrität, Rechenschaftspflicht und Transparenz
170 von Regierung und Parlament zu stärken und auch die Parteienfinanzierung zu
171 reformieren. Wenn der Eindruck entsteht, man gängele die Kleinen und lasse die
172 Großen laufen, ist die Saat des Misstrauens gelegt. Deswegen ist es
173 beispielsweise so entscheidend, dass Staat und Politik auch den Großen
174 nachspüren und organisierte Finanz- und Wirtschaftskriminalität endlich zu einem
175 Schwerpunkt machen und nicht die Frage, wie ein Restaurant im Sommer die Tische
176 auf dem Gehweg platziert.

177 Demokratie schützen

178 Wenn in verschiedenen Bundesländern 40 Prozent der Wähler*innen eine
179 verfassungsfeindliche Partei wählen, erwächst hieraus ein sehr ernstes
180 Sicherheitsrisiko: ein Sicherheitsrisiko für unsere Gesellschaft und die
181 Menschen, die hier leben. Es ist höchste Zeit, diesem Sicherheitsrisiko sehr
182 entschieden zu begegnen.

183 Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes haben aus den Schwächen der Weimarer
184 Republik und der Katastrophe des Nationalsozialismus Lehren gezogen und uns
185 genau hierfür Instrumente in unserem Grundgesetz angelegt. Es ist Zeit, sie
186 jetzt parteiübergreifend zu nutzen. Das Bundesverfassungsgericht muss endlich
187 von Bund und Ländern in die Lage versetzt werden, zu prüfen, ob die AfD
188 verfassungswidrig ist und somit angesichts der Bedrohung verboten werden muss.

189 Gleichzeitig ist es höchste Zeit, dass wir weiter daran arbeiten, unseren
190 Rechtsstaat vor den Verfassungsfeind*innen zu schützen. Wir treten dafür ein,
191 dass die Wahl von Richter*innen an Landesverfassungsgerichten ebenso abgesichert
192 wird wie auf Bundesebene. Die Unabhängigkeit der Justiz wollen wir stärken und
193 das politische Weisungsrecht gegenüber den Staatsanwaltschaften deutlich
194 einschränken.

195 Wir treten dafür ein, dass unsere Behörden konsequent vor dem Einfluss von
196 Verfassungsfeind*innen geschützt werden. Dazu zählt, dass Beamt*innen konsequent
197 aus dem Dienst entfernt werden, wenn sich Zweifel an ihrer Verfassungstreue
198 ergeben. Sollte die AfD in Sachsen-Anhalt oder irgendwo anders eine Regierung
199 anführen, muss der Datenaustausch von Polizei und Verfassungsschutz im
200 Informationsverbund auf ein absolutes Minimum reduziert und sensible Daten von
201 Menschen und Staat geschützt werden.

202 Die Herzkammern der Demokratie sind die Parlamente. Wir wollen, dass alle
203 Landesparlamente so aufgestellt werden, dass sie widerstandsfähig gegenüber den
204 Feind*innen der Demokratie sind. Parlamentarische Prozesse müssen so abgesichert
205 werden, dass sie nicht durch Verfassungsfeind*innen sabotiert werden können und
206 gleichzeitig die Rechte der Opposition wahren.

207 Für uns als Bündnis 90/Die Grünen ist unmissverständlich klar, dass wir keine
208 Mehrheiten mit der AfD im Parlament suchen oder Vertreter*innen der AfD in
209 parlamentarische Positionen oder Regierungsämter wählen. Die gleiche Klarheit
210 erwarten wir von unseren demokratischen Mitbewerber*innen. Eine Zusammenarbeit
211 mit Verfassungsfeind*innen muss jederzeit ausgeschlossen sein.

212 Rechtsextreme und ihre Gruppierungen stellen ein sehr ernstes und ganz konkretes
213 Sicherheitsrisiko dar. Wir wollen, dass unsere Sicherheitsbehörden entschieden
214 gegen rechtsextreme und rechtsterroristische Strukturen vorgehen. Ihre Netzwerke
215 müssen aufgeklärt, zerschlagen und Finanzierungsquellen trockengelegt werden.
216 Verfassungsfeind*innen gehören konsequent entwapfnet. Wo immer notwendig, müssen
217 Betätigungs- und Vereinsverbote gegen verfassungsfeindliche Organisationen
218 ausgesprochen werden.

219 Das beste Mittel gegen Extremismus ist Prävention. Wir stehen weiter an der
220 Seite der vielfältigen Träger der Präventionsarbeit. Mit Aufklärungsarbeit,
221 Deradikalisierung und Programmen für Aussteiger*innen leisten sie einen
222 unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Wir fordern eine verlässliche
223 Finanzierung der Demokratieförderung und eine Stärkung der Arbeit von Programmen
224 wie „Demokratie leben!“.

225 Unsere politische Praxis verändern

226 Alle demokratischen Parteien haben in der Vergangenheit zu oft den Fehler
227 gemacht, den öffentlichen Raum, gerade den ländlichen Raum, den
228 Verfassungsfeind*innen zu überlassen. Wenn wir das wieder rückgängig machen
229 wollen, müssen wir unsere politische Praxis neu justieren.

230 Die Wahlen in diesem Jahr haben einmal mehr gezeigt, dass Wahlkampf nah an den
231 Menschen ein Erfolgsrezept ist. Starke, authentische Spitzenkandidat*innen und
232 eine strategisch zugespitzte Kampagne waren wichtige Voraussetzungen. Wir waren
233 zudem eine sehr sichtbare Partei, die den öffentlichen Raum nicht den
234 Verfassungsfeind*innen überlassen hat. Wir haben die Wahlkämpfe nicht von großen
235 Bühnen herabgeführt, sondern in direkten Begegnungen, etwa bei unzähligen
236 Haustürgesprächen, auf Campingplätzen, an Straßenkreuzungen, in Kneipen,
237 Dönerläden, beim Eisessen, in Bäckereien oder auf Hüpfburgen und Marktplätzen,
238 mit einer Limo oder einem Bier in der Hand. Und wir haben erlebt: Überall
239 wollten Menschen mit uns ins Gespräch gehen. Wir haben uns nicht versteckt, wie
240 andere Parteien, sondern waren in voller Präsenz, mit der Kraft tausender
241 Wahlkämpfer aus dem gesamten Bundesgebiet, überall ansprechbar.

242 So klar, wie wir die Brandmauer als Schutz unserer Institutionen vor
243 Verfassungsfeind*innen hochhalten, so klar ist auch: Wir brauchen keine Mauern
244 gegenüber den Menschen, die sich an antidemokratischen Parteien orientieren. Es
245 war ein Fehler, das Gespräch mit jenen, die sich von der „etablierten Politik“
246 abgewandt haben, in der Vergangenheit nicht intensiver zu suchen. Aber noch ist
247 es nicht zu spät. Die Erfahrungen aus diesem Wahlkampf, in dem immer wieder
248 Gespräche einen unerwartet positiven Ausgang genommen haben, ermutigen uns,
249 diesen Weg weiterzugehen. Er setzt auf Begegnung statt Belehrung, darauf, im
250 Gegenüber nicht die Anhänger*in einer Partei, sondern den Menschen zu sehen, ihm
251 auf Augenhöhe, mit Respekt und Neugierde zu begegnen. Er setzt auch darauf,
252 kulturkämpferische Auseinandersetzungen hinter uns zu lassen, denn der
253 Kulturkampf verschleiert häufig nur ungelöste materielle Konflikte.

254 Es geht daher nicht nur um den nächsten Fachvortrag oder eine Gremiensitzung,
255 sondern auch um das vermeintlich Unpolitische: Menschen brauchen Kontakt, müssen
256 zusammenkommen, Gemeinsamkeiten entdecken. Auch als politische Kraft müssen wir
257 wieder mehr Begegnungen ermöglichen, mit Familienfesten, Mitmachaktionen,
258 Beratungs- oder Unterstützungsangeboten oder einfach beim gemeinsamen Grillen –
259 und das nicht nur zu Wahlkampfzeiten. Und diese Ansprechbarkeit gilt es mit
260 unseren Inhalten so zu verbinden, dass Bürger*innen nicht nur Meinungen hören,
261 sondern durch praktische Angebote beim sozial-ökologischen Wandel mitmachen
262 können. Es geht darum, lokale Bündnisse zu schmieden: mit Vereinen, Initiativen,
263 Kirchen oder dem Handwerk. Wir wollen Formate schaffen, die Zusammenarbeit
264 erlebbar machen und einen Mehrwert schaffen. Um Vertrauen bei den Menschen zu
265 gewinnen, bedarf es einer stetigen Präsenz und Ansprechbarkeit. Mit Empathie und
266 Offenheit wollen wir gemeinsam Lösungen entwickeln.

267 Nähe und Ansprechbarkeit, die wir nur um ihrer selbst willen aufbauen, schaffen
268 aber noch kein tragfähiges Vertrauen. Für nachhaltiges Vertrauen brauchen die
269 Menschen positive Erfahrungen – also konkrete Erlebnisse, wie Politik im Alltag
270 und ganz konkret vor Ort wirksam wird und Dinge zum Besseren verändert. Sie
271 brauchen Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, davon, dass sie ihr Leben, ihr
272 Umfeld, ihre Zukunft prägen können.

273 Nähe und Vertrauen wachsen dabei nicht über Nacht, sondern entstehen nur dann,
274 wenn wir als gesamte Partei über alle Ebenen hinweg gemeinsam an einem Strang
275 ziehen, und zwar dauerhaft. Dafür müssen wir als Partei langfristig unsere
276 Arbeitsweise und unsere Parteistrukturen weiterentwickeln. Mit der erfolgreichen
277 Satzungsreform haben wir in diesem Jahr wichtige Grundlagen geschaffen. Nun gilt
278 es, unsere Arbeitsweise ab 2027 auf allen Ebenen maßgeblich zu verändern – und

279 dies werden wir auch tun. Und wir intensivieren das Zusammenwachsen unserer
280 Partei: Nun kommen Wahlkämpfende aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und
281 anderen nicht-wahlkämpfenden Bundesländern in die Regionen, in denen jede
282 helfende Hand und Unterstützung am dringendsten gebraucht wird.

283 2027 ist das Jahr, in dem wir den Erneuerungskurs fortsetzen. Wir wollen als
284 Partei aneinander und miteinander wachsen. Nicht nur für uns, für unser Land.

Einfache Sprache

285 Worum es geht
286 Am 6. Oktober 2026 hat ein deutsches Parlament zum ersten Mal einen
287 Rechtsextremen zum Präsidenten gewählt. Mindestens vier Stimmen dafür kamen von
288 einer demokratischen Partei. Für die Grünen ist das nicht normal. Sie wollen
289 sich dagegen wehren.

290 Wie das Wahljahr 2026 für die Grünen war
291 Es gab gute Ergebnisse. Cem Özdemir ist Ministerpräsident in Baden-Württemberg.
292 In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sind die Grünen wieder im Landtag.
293 München und Hannover bekommen grüne Oberbürgermeister. Viele Menschen trauen der
294 Politik aber immer weniger.

295 Das Problem: Viele Menschen haben kein Vertrauen mehr

- 296 • Jede zweite Person sagt: Die Politik selbst ist ein großes Problem.
- 297 • Viele Menschen haben Angst, ihre Arbeit oder ihren Wohlstand zu verlieren.
- 298 • In zwei Bundesländern haben etwa 40 von 100 Menschen eine Partei gewählt,
299 die gegen das Grundgesetz ist.

300 Die Grünen sagen: Daran sind alle Parteien mitschuld, auch wir. Es reicht nicht,
301 die Politik nur „besser zu erklären“. Die Politik muss sich wirklich ändern.

302 Was die Grünen wollen

303 1. Den Staat besser machen

- 304 • Weniger Bürokratie, zum Beispiel für Ehrenamtliche und Gründer*innen.
- 305 • Städte und Gemeinden sollen viel mehr Geld bekommen. Dort merken die
306 Menschen direkt, ob Politik etwas bewirkt.
- 307 • Bürgerräte sollen weitergeführt werden. Dort reden normale Bürger*innen
308 bei wichtigen Themen mit.
- 309 • Mehr Transparenz: Reiche Lobbyisten sollen nicht mehr Einfluss haben als
310 andere. Wirtschaftskriminalität soll stärker verfolgt werden.
- 311 • Im Parlament sollen mehr Menschen ohne Studium vertreten sein. Heute haben
312 dort 90 von 100 Abgeordneten einen Hochschulabschluss, in der Bevölkerung
313 nur 1 von 3.

314 2. Die Demokratie schützen

- 315 • Das Bundesverfassungsgericht soll prüfen, ob die AfD verboten werden muss.
- 316 • Gerichte und Justiz sollen besser vor Verfassungsfeind*innen geschützt
317 werden.
- 318 • Beamt*innen, die nicht zum Grundgesetz stehen, sollen aus dem Dienst
319 entfernt werden.
- 320 • Die Grünen arbeiten nie mit der AfD zusammen und wählen keine AfD-Leute in
321 Ämter. Das erwarten sie auch von den anderen demokratischen Parteien.
- 322 • Rechtsextreme Netzwerke sollen zerschlagen und entwapfnet werden.
- 323 • Projekte gegen Extremismus, wie „Demokratie leben!“, sollen sicher Geld
324 bekommen.

325 3. Anders Politik machen

- 326 • Näher bei den Menschen sein, nicht nur im Wahlkampf. Zum Beispiel bei
327 Gesprächen an der Haustür, auf Festen oder beim Grillen.
- 328 • Auch mit Menschen reden, die rechte Parteien wählen. Zuhören statt
329 belehren.
- 330 • Mit Vereinen, Kirchen und dem Handwerk vor Ort zusammenarbeiten.
- 331 • Die Menschen sollen selbst erleben, dass Politik ihr Leben besser macht.
- 332 • Ab 2027 will die Partei ihre Arbeitsweise auf allen Ebenen ändern.

333 Das Ziel

334 Es reicht nicht mehr, die Demokratie nur zu verteidigen. Ihr Versprechen muss
335 erneuert werden: Alle Menschen werden gesehen und gehört, alle können
336 mitbestimmen und alle haben etwas vom Wohlstand.